

Demonstration und Kundgebung von „Schule mit Zukunft“ am Samstag, 26. Februar 2011 in Stuttgart

Rede der GEW-Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Doro Moritz

Liebe Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Schule mit Zukunft“ – das ist es, was wir einfordern von den verantwortlichen Landespolitikerinnen und Landespolitikern, vier Wochen vor den Landtagswahlen. Ich freue mich, dass auf Initiative der Eltern dieses breite Bündnis zustande gekommen ist. So können wir gemeinsam die Interessen unserer Kinder und Jugendlichen zu vertreten.

Als Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft kann ich es nicht oft genug wiederholen: Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen!

Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif!

Otto Herz und Rudi Bosch haben eindrucksvoll beschrieben wie gute Bildung aussieht. Das unterschreibe ich gern.

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Und die kosten Geld. Was wir nicht brauchen, sind Leuchtraketen der Politik, mit denen Eltern und die Öffentlichkeit ständig geblendet werden sollen. Die Mappus-Show mit Schicken Auftritten zementiert die Benachteiligungen in unserem Bildungssystem. Wir brauchen eine ehrliche, wirksame Bildungspolitik, die jedem unserer Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen eröffnet, egal aus welchem Elternhaus sie kommen. Dass Baden-Württemberg in dieser Frage Schlusslicht in der Bundesrepublik ist, dürfen wir nicht länger akzeptieren. Das ist ein Verstoß gegen die Landesverfassung und das Schulgesetz. Dort steht ganz klar: Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

Ich freue mich, dass wir als Bildungsgewerkschaft eine so große Übereinstimmung in unseren Zielen mit den Eltern haben.

- Wir stehen gemeinsam für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.
- Wir stehen für „Früh investieren statt spät reparieren“.
- Wir wollen gemeinsam das Lernen verändern.
- Wir wollen individualisiertes Lernen in allen Schularten.
- Unser Ziel ist Eine Schule für alle.

Ministerpräsident Mappus hat im Vorfeld der Landtagswahlen versprochen, bis 2014 keine Lehrerstellen zu streichen und an

der Bildung nicht zu sparen. Für die GEW ist das ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Die Landesregierung will schon in diesem Sommer Lehrerstellen sperren. Das hat sie bestritten, bis ich es ihr nachweisen konnte. Was hat die Landesregierung vor: Sie fordert die Lehrerinnen und Lehrer zu freiwilliger Mehrarbeit für ein Lebensarbeitszeitkonto auf. Dann hat sie zusätzliche Unterrichtsstunden. Dafür will sie im Sommer auf die Einstellung von rund 800 jungen, motivierten Lehrerinnen und Lehrer verzichten. Diese 11 Millionen Euro sollen helfen, den Landeshaushalt zu sanieren.

Die GEW ruft die Lehrerinnen und Lehrer dazu auf, diese Mehrarbeit zu verweigern!

Wir wollen nicht, dass überlastete Lehrerinnen und Lehrer Mehrarbeit leisten!

Wir brauchen die jungen Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen:

- Wir brauchen sie für eine bessere Unterrichtsversorgung. Sie ist in allen Schularten schlechter als in den 80er Jahren. Dazu zwei Beispiele: Die Lehrer-Schüler-Relation war im vergangenen Schuljahr an Gymnasien um 11,4 Prozent schlechter als 1987 und an den Realschulen sogar um 17,45 Prozent.
Diese Verschlechterung ist ein echter bildungspolitischer Skandal.
- Wir brauchen die Stellen für die Senkung des Klassenteilers in der Grundschule auf 20 und in den weiterführenden Schulen auf 25.
- Wir brauchen endlich gebundene Ganztagschulen in allen Schularten. Dies müssen Ganztagschulen sein, die den Unterrichtstag rhythmisieren können und nicht auf Ehrenamt angewiesen sind, sondern dafür Lehrerstunden und Schulsozialarbeit haben.
- Wir brauchen eine Vertretungsreserve, die diesen Namen auch verdient. Eine Landesregierung, die jährlich Tausende junger Lehrerinnen einstellt, darf sich nicht wundern, wenn diese schwanger werden und dann für einige Zeit vertreten werden müssen.
- Wir brauchen Ressourcen für Inklusion. Eine Landesregierung, die durch Gruppeninklusion wohnortnahe Lösungen verhindert und bei inklusiven Angeboten den Klassenteiler überschreitet anstatt kleinere Klassen zu bilden, hat kein Interesse an Inklusion. Wir wollen ein Bildungssystem, an dem Behinderte in gleichem Maße teilhaben können wie die Nichtbehinderten. Ein solches Bildungssystem braucht zusätzliche Ressourcen und darf nicht als Sparmaßnahme begriffen werden.
- Wir brauchen Unterstützung durch weitere Professionen in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Nur so können wir den jungen Menschen ganzheitlich gerecht werden, können uns um Lernen, Leben und Gesundheit kümmern.

- Wir brauchen Investitionen in der frühen Bildung und in der Grundschule, damit die vielen Reparaturbildungsgänge an Beruflichen Schulen überflüssig werden.
- Es ist wichtig, dass wir auch auf die frühe Bildung schauen: Kultusministerin Schick hat am Donnerstag ihr lange angekündigtes Gesamtkonzept vorgestellt. Es ist das Papier nicht wert, auf das es geschrieben ist. Da wird ein Blumenstrauß guter Ideen vorgestellt. Die Erzieherinnen sollen es richten - ohne zusätzliche Zeit, ohne weitere Unterstützung. So geht es nicht!

Ich schließe mit einem Zitat von Andreas Schleicher, dem PISA-Koordinator: „Bildungsinvestitionen bringen nicht nur volkswirtschaftlich eine höhere Rendite als Investitionen in Sach- und Produktionsmittel. Die Qualität des Bildungssystems ist letztlich auch ein Indiz für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft und ein Gradmesser der Demokratie.“ Ich wähle am 27. März bessere Bildung.